



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa, Jürgen Mistol, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wohnungsbau beschleunigen – Klimaschutz sichern statt ausbremsen: EU-Vorgaben sinnvoll umsetzen statt verwässern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene klar gegen eine Aufweichung zentraler klimapolitischer Vorgaben im Gebäudesektor einzusetzen, insbesondere der Gebäuderichtlinie (EPBD), der Energieeffizienzrichtlinie (EED) und der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur,
- die EU-Klimagesetzgebung als notwendigen Rahmen für nachhaltigen und zukunftsfähigen Wohnungsbau anzuerkennen und aktiv an einer praxistauglichen, sozial gerechten Umsetzung mitzuwirken, anstatt sie pauschal als „Überregulierung“ zu diskreditieren,
- auf Bundes- und Landesebene die eigentlichen Hemmnisse für den Wohnungsbau zu beseitigen, insbesondere
 - langwierige Genehmigungsverfahren,
 - Fachkräftemangel in Bauwirtschaft und Verwaltung,
 - hohe Bodenpreise und Spekulation,
 - unzureichende Förderkulissen für bezahlbaren und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau.
- die Transformation des Gebäudesektors als Chance zu begreifen und gezielt zu fördern durch
 - modulare Bauweisen,
 - den verstärkten Einsatz klimafreundlicher und ressourcenschonender Baustoffe,
 - die konsequente Nutzung von Bestandsgebäuden und Aufstockungspotenzialen,
 - sozial ausgewogene Förderprogramme für energetische Sanierung.
- sicherzustellen, dass Klimaschutz, Ressourcenschonung und bezahlbares Wohnen gemeinsam gedacht werden und nicht gegeneinander ausgespielt werden,
- sich dafür einzusetzen, dass europäische Vorgaben ausreichend Flexibilität für regionale Umsetzung bieten, ohne ihre klimapolitische Zielsetzung zu verwässern.

Begründung:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der zentralen sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Gleichzeitig ist der Gebäudesektor für einen erheblichen Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Eine nachhaltige Lösung kann daher nur in der Verbindung von mehr Wohnungsbau und konsequentem Klimaschutz liegen.

Die von Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter geforderte Abschwächung zentraler EU-Klimavorgaben verkennt, dass diese Regelungen nicht Ursache, sondern Teil der Lösung sind. Energieeffizienz, Sanierung und klimafreundliches Bauen senken langfristig Kosten, reduzieren Abhängigkeiten von fossilen Energien und stärken die Resilienz des Gebäudebestands.

Statt europäische Standards pauschal als bürokratische Belastung darzustellen, sollte die Staatsregierung ihre Verantwortung wahrnehmen und die Umsetzung in Bayern effizient, sozial ausgewogen und innovationsfördernd gestalten. Gerade im Bereich der Genehmigungsbeschleunigung, Digitalisierung der Verwaltung und Stärkung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus bestehen erhebliche landespolitische Handlungsspielräume, die bislang nicht ausreichend genutzt werden.

Auch die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur ist kein Hindernis für Wohnungsbau, sondern ein Beitrag zu lebenswerten Städten. Urbane Grünflächen sind essenziell für Klimaanpassung, Gesundheit und Lebensqualität. Eine intelligente Stadtentwicklung verbindet Nachverdichtung mit Grünflächensicherung, anstatt beides gegeneinander auszuspielen.

Eine zukunftsfähige Wohnungspolitik setzt daher nicht auf Deregulierung beim Klimaschutz, sondern auf kluge Verfahren, gezielte Förderung und nachhaltige Bauweisen.